

Edelgard Meyer zu Uptrup

Äxtlestr. 6
70599 Stuttgart



Stuttgart, den 22. 07. 2013

Sehr geehrter Herr Dr. Rosemann,

Sie haben sich als Kandidat zur Bundestagswahl zur Verfügung gestellt.

Die deutsche Politik hat sich aus historischer Verantwortung einer sicheren Zukunft für das jüdische Volk verschrieben. Ganz besonders liegt hier das Augenmerk auch auf dem Existenzrecht und der Sicherheit des Staates Israel.

Allerdings wird die Politik Israels in Bezug auf die Palästinenser nicht nur in Deutschland zunehmend kritisch gesehen. Auch das palästinensische Volk hat ein Recht auf eine gesicherte Existenz innerhalb eines souveränen Staates. Im vergangenen Jahr wurde dies durch die Anhebung des Status' Palästinas bei der UN von der internationalen Staatengemeinschaft unterstrichen.

Das Heilige Land ist und bleibt ein Spannungsfeld. Als Thema im politischen Diskurs der deutschen Regierung liegt es mir als Wahlberechtigtem/Wahlberechtigter besonders am Herzen. Daher möchte ich mich informieren, welche Haltung Sie zu den folgenden Problemstellungen einnehmen. Die Antwort wird unter www.eappi-netzwerk.de veröffentlicht:

Sehr geehrte Frau Meyer zu Uptrup,

sehr gerne beantworte ich Ihre Anfrage zur meiner Haltung bezüglich der Konfliktsituation in Palästina.

Jedoch gestatten Sie mir zu Beginn anzumerken, dass ich Ihre Darstellung – sowohl in Ihren Einleitungsworten, als auch in den Infotexten – sehr einseitig finde.

Einseitig, weil Sie – vollkommen zu Recht – die Situation der Palästinenser thematisieren, jedoch auf die Gefühlslage der Israeli nicht eingehen. Diese haben auf Grund einer dauerhaften Bedrohungslage durch mögliche Terroranschlägen, umgeben von potenziell feindlich eingestellten Staaten und terrorisiert von häufigem Raketenbeschuss ein großes Sicherheitsbedürfnis, dass wir respektieren und in Friedensverhandlungen berücksichtigen müssen.

1. Israel hält seit 1967 die Westbank inklusive Ost-Jerusalem und den Gaza-Streifen besetzt. Auch wenn Verantwortung im Bereich der Verwaltung teilweise auf die Palästinensische Autonomiebehörde übertragen wurde, bestimmt Israel als Besatzungsmacht insgesamt das Leben der Palästinenser in diesen Gebieten. Über eine halbe Millionen jüdische Siedler haben sich in der Zwischenzeit in der Westbank und Ostjerusalem niedergelassen. Nicht nur sind die natürlichen Ressourcen wie Wasser und Zugang zu Farmland ungleich verteilt, auch werden die beiden Bevölkerungsgruppen durch zwei Rechtssysteme unterschiedlich behandelt, wobei die Palästinenser unter Militärrecht offen diskriminiert werden. Durch die Besetzung hat sich damit über die letzten 45 Jahre ein großes Ungleichgewicht im Sinne der Behandlung von Israelis und Palästinensern durch den Staat Israel eingestellt.

Frage: Ist in Ihren Augen die Beendigung der Besatzung eine Bedingung für einen gerechten Frieden für Israelis und Palästinenser?

Antwort:

Ich halte es für zwingend notwendig, dass sich die zwei Konfliktparteien zu Beginn von Friedensverhandlungen (symbolisch) aufeinander zu bewegen. Dieser Schritt kann durch Maßnahmen

wie den in der Vergangenheit bereits häufiger vollzogenen Austausch von politischen Häftlingen erfolgen.

Zusätzlich sollte meiner Meinung nach von der UNO geprüft werden, inwieweit die Beendigung der Stationierung israelischer Truppen in palästinensischen Autonomiegebieten für solche Friedensgespräche notwendig sind.

Sollte der Abzug israelischer Truppen erforderlich sein, so muss als Ersatz für die israelische Militärverwaltung ein unabhängiger Akteur die Sicherheitslage in den Palästinensergebieten überwachen, etwa eine UNO-Blauhelmission, damit das Sicherheitsbedürfnis Israels befriedigt bleibt.

2. Friedensverhandlungen zwischen Israelis und Palästinensern hatten bis zum heutigen Tag stets eine Zwei-Staaten-Lösung zum Ziel. Für das Sicherheitsbedürfnis des jüdischen Volkes und das Streben nach Souveränität der Palästinenser scheint dies auch weiterhin theoretisch die naheliegende Lösung des Jahrzehnte dauernden Konflikts. Die Realitäten vor Ort lassen dieses Szenario allerdings äußerst unrealistisch erscheinen. Vor allem die Siedlungsaktivitäten nachfolgender israelischer Regierungen in der Westbank verhindern die Einrichtung eines palästinensischen Staates in einem zusammenhängenden Gebiet.

Frage: Halten Sie die Zwei-Staaten-Lösung weiterhin für realistisch und erstrebenswert? Wenn JA: Welche Schritte sollte die zukünftige Bundesregierung unternehmen, um diese Lösung zu unterstützen? Wenn NEIN: Welches Szenario halten Sie für realistischer oder eher erstrebenswert?

Antwort:

Für mich stellt die Zwei-Staatenlösung die derzeit einzig realistische Lösung des Palästinakonflikts dar.

Die Deutsche Bundesregierung kann, sofern sie von beide Konfliktparteien darum ersucht wird, an Friedensverhandlungen als unabhängiger Schlichter teilnehmen und auf eine friedliche Beilegung des Konflikts drängen.

Jedoch zeigen andere Abspaltungen von Staaten – etwa die des Kosovo von Serbien –, dass mit einer Unabhängigkeit allein noch kein Konflikt gelöst ist.

Daher glaube ich, dass es wahrscheinlich notwendig sein wird – ähnlich wie im Kosovo – eine überparteiliche militärische Mission einzurichten, die Grenzsicherung betreibt. Hierbei könnte sich Deutschland dann eventuell im Rahmen des UN-Peacekeepings beteiligen.

3. Im Rahmen der Friedensverhandlungen von Oslo und mit Ausblick auf die Schaffung eines souveränen palästinensischen Staates stimmte die damalige Palästinenserführung einer Aufteilung der Westbank in drei Zonen zu. Bis heute hat sich diese Aufteilung nicht wesentlich verändert. Weiterhin hält die Palästinensische Autonomiebehörde die alleinige Kontrolle nur über etwa 18% der Westbank. Immerhin etwa 62% der Westbank stehen unter vollständiger ziviler und militärischer Verwaltung durch Israel. In diesem Gebiet liegen die israelischen Siedlungen, die nach internationalem Recht illegal sind. Gleichzeitig erhalten die Palästinenser hier nur in 4 von 100 Fällen Baugenehmigungen und werden so entweder zu illegaler Bautätigkeit (die Folgen sind meist Hauszerstörungen) oder Umsiedlung in die A und B Gebiete gezwungen.

Frage: Wie sollte die zukünftige Bundesregierung auf den Tatbestand des zunehmenden illegalen israelischen Siedlungsbaus in der Westbank bei gleichzeitiger Verweigerung des Rechts auf Wohnraum für Palästinenser in den C-Gebieten reagieren?

Antwort:

Die deutsche Bundesregierung sollte dem israelischen Staat deutlich machen, dass wir die Beendigung des illegalen Siedlungsbaus auf dem Weg zu einem dauerhaften Friedensabkommen als einen der dringend notwendigen Schritte erachten.

4. Deutschland unterstützt finanziell Projekte in der Westbank, mit denen z.B. Solaranlagen in palästinensischen Dörfern gebaut werden und damit der örtlichen Bevölkerung Zugang zu Elektrizität verschafft wird. Einige dieser Projekte liegen in den C-Gebieten und erhalten daher keine offizielle Genehmigung durch die israelische Militärverwaltung. Auch wenn es noch nicht zu konkreten Zerstörungen deutscher Projekte in der Westbank gekommen ist, liegen doch mehrere Zerstörungsanordnungen vor, die jederzeit ausgeführt werden könnten.

Frage: Wie sollte die Bundesregierung Ihrer Meinung nach reagieren, wenn den Bestrebungen deutscher Entwicklungspolitik derart rigide entgegen-getreten wird?

Deeskalation sollte grundsätzlich das Ziel sein, d.h. die Bundesregierung muss zusammen mit den Vereinten Nationen der Militärverwaltung gegenüber erklären, dass humanitäre Einrichtungen in den Palästinensergebieten auf keinen Fall zerstört werden dürfen.

5. Etwa 300 palästinensische Kinder und Jugendliche sind ständig in israelischen Gefängnissen; mit ihrer Behandlung verstoßen die israelischen Behörden gegen internationales Recht (Eltern werden nicht über den Verbleib ihrer Kinder informiert, Anwälte werden nicht zugelassen, Verfahren vor Militärgerichten, Gefängnisstrafen ab dem Alter von 12 Jahren möglich).

Frage: Halten Sie es für akzeptabel, dass Israel verschiedene rechtliche Standards an die Behandlung jüdischer oder palästinensischer Kinder anlegt? Wo sehen Sie Möglichkeiten für die deutsche Politik, diesem Unrecht entgegenzutreten?

Antwort:

Ich halte dieses Vorgehen für nicht akzeptabel. Die deutsche Bundesregierung sollte Israel auffordern, sich an die UN-Kinderrechtskonvention zu halten.

Für die Überwachung der Einhaltung dieser – von Israel mitunterzeichneten, internationalen Vereinbarung – ist der UN-Ausschuss für die Rechte des Kindes, der periodisch Berichte der Unterzeichnerstaaten entgegennimmt und auswertet, verantwortlich.

In Erwartung Ihrer Antwort verbleibe ich mit freundlichen Grüßen

Edelgard Meyer zu Uptrup

Das Ecumenical Accompaniment Programme in Palestine and Israel (EAPPI), ein Programm des Ökumenischen Rats der Kirchen (ÖRK), unterstützt lokale und internationale Anstrengungen zur Beendigung der israelischen Besatzung und will zu einer Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts durch einen gerechten Frieden beitragen. Das deutsche EAPPI Netzwerk dient der Vernetzung der ehemaligen deutschen TeilnehmerInnen des Programms und der Durchführung gemeinsamer Aktivitäten zum Thema Palästina und Israel in Deutschland. Die Aktion „Wahlprüfsteine“ wird vom deutschen EAPPI Netzwerk durchgeführt. Bei Fragen wenden Sie sich bitte an kontakt@eappi-netzwerk.de.